

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4176

Kreis Nordfriesland
Postfach 1140
25801 Husum

An den
Finanzausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Resolution des Kreises Nordfriesland zur Änderung des Sparkassengesetzes

Resolution des Kreises Nordfriesland zur Übertragung der von den Sparkassen gehaltenen HSH Nordbank Anteile auf das Land

Verteiler:

Herrn Ministerpräsidenten
des Landes Schleswig-Holstein
Peter-Harry Carstensen
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

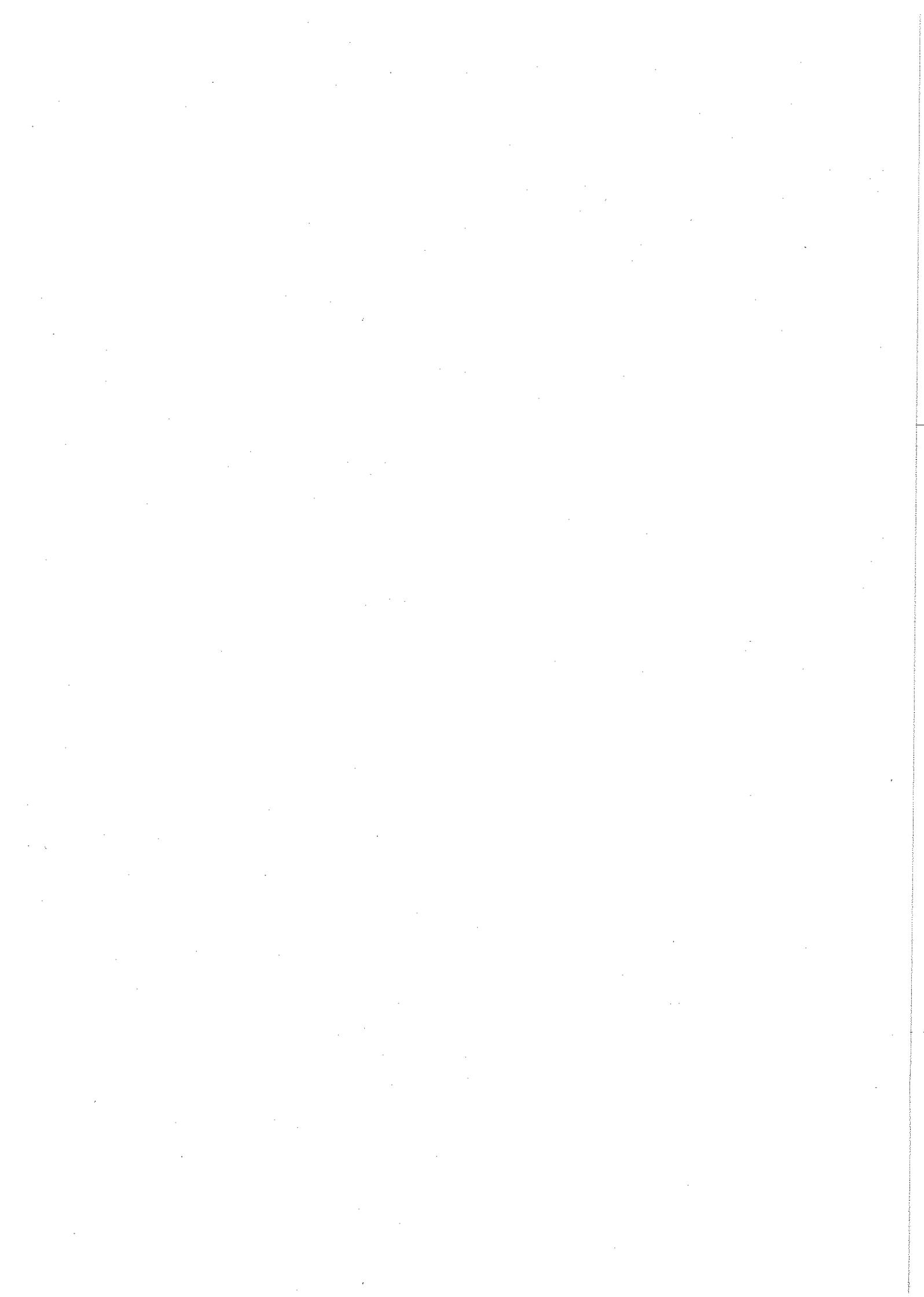
Schleswig-Holsteinischer Landtag				
27.03.2009 13:53				
Expl.:		Anl.:		
LP	L	L1	L2	L3

Herrn Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Martin Kayenburg
Landeshaus
Postfach 7121
24171 Kiel

Herrn Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion
Dr. Johann Wadephul
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Dr. Ralf Stegner
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Herrn Fraktionsvorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion
Wolfgang Kubicki
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Herrn Fraktionsvorsitzenden der Bündnis-90 / Die Grünen-Landtagsfraktion
Karl-Martin Hentschel
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Frau Vorsitzende des SSW im Landtag
Anke Spoorendonk
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel





An Verteiler

Husum, 24. März 2009

Resolution des Kreises Nordfriesland zur Änderung des Sparkassengesetzes

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kayenburg,
sehr geehrte Frau Spoorendonk, sehr geehrte Herren,

der Kreistag des Kreises Nordfriesland hat am 20. März 2009 folgende fraktionsübergreifende Resolution einstimmig beschlossen.

Der Kreistag Nordfriesland spricht sich gegen eine Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein mit der Möglichkeit der Bildung von Stammkapital bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen und der Übertragung von bis zu 49,9 % auf Dritte aus. Wir fordern die Landesregierung und die Landtagsfraktionen auf, keine Öffnung des Sparkassengesetzes vorzunehmen.

An der bewährten Struktur der öffentlich-rechtlich verfassten Sparkasse als Träger der Aufgabe der verantwortlichen Finanzdienstleistungen in den zuständigen Kreisen, der wirtschaftlichen Stabilität, der Arbeitsplatzsicherung und der wirtschaftlichen Entwicklung darf nicht zu Gunsten einer gewinn- und ausschüttungsorientierten Bankenlandschaft gerüttelt werden.

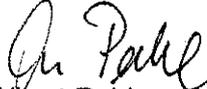
Die in den letzten Monaten der Finanzkrise viel gepriesene 3. Säule des deutschen Bankensystems, darf durch eine solche Absicht nicht, ihrer am Gemeinwohl orientierten Geschäftspolitik beraubt werden.

Mit der Bildung von übertragbarem Stammkapital würde die wichtige Bindung zwischen den kommunalen Trägern und den Sparkassen aufgeweicht. Damit könnte die bisherige feste Verwurzelung in der Region in Frage gestellt werden, und Renditeüberlegungen würden in den Vordergrund rücken. Dadurch ginge nicht nur die Gemeinwohlorientierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen verloren, sondern auch die wesentliche Funktion als wichtigster Kreditgeber des Mittelstandes in der Region. Auch das ausgeprägte Filialnetz in den großen Flächenkreisen wie z.B. Schleswig-Flensburg sowie Nordfriesland könnte dann zur Disposition stehen.

Der in § 2 des Sparkassengesetzes für Schleswig-Holstein definierte Auftrag „Sparkassen sind selbständige Unternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse für ihr Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützen dadurch die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.“

Durch die Öffnung des Sparkassengesetzes befürchten wir eine Schwächung und letztlich Abschaffung dieser für unsere Region so wichtigen Institution. Der Einstieg privatrechtlicher Sparkassen oder der HASPA Finanzholding wäre ein Türöffner für die Beteiligung anderer Banken an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Am Ende dieses Prozesses wird die Privatisierung und damit der Verkauf der öffentlich-rechtlichen Sparkassen stehen.

Mögliche Eigenkapitalprobleme einzelner öffentlich-rechtlicher Sparkassen sollten innerhalb der Sparkassenfamilie Schleswig-Holsteins ohne Änderung des Sparkassengesetzes gelöst werden.


Albert Pahl
Kreispräsident


Dieter Harrsen
Landrat

Verteiler:

Herrn Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
Peter-Harry Carstensen
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag				
27.03.2009 13:54				
Expl.:		Anl.:		
LP	L	L1	L2	L3

Herrn Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Martin Kayenburg
Landeshaus
Postfach 7121
24171 Kiel

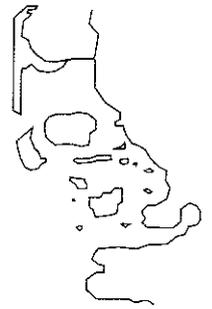
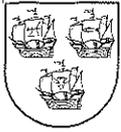
Herrn Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion
Dr. Johann Wadehul
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Dr. Ralf Stegner
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Herrn Fraktionsvorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion
Wolfgang Kubicki
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Herrn Fraktionsvorsitzenden der Bündnis-90 / Die Grünen-Landtagsfraktion
Karl-Martin Hentschel
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Frau Vorsitzende des SSW im Landtag
Anke Spoorendonk
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel



An Verteiler

Husum, 24. März 2009

Resolution des Kreises Nordfriesland zur Übertragung der von den Sparkassen gehaltenen HSH Nordbank Anteile auf das Land

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kayenburg,
sehr geehrte Frau Spoorendonk, sehr geehrte Herren,

der Kreistag des Kreises Nordfriesland hat am 20. März 2009 folgende fraktionsübergreifende Resolution einstimmig beschlossen.

Der Kreis Nordfriesland, der mit einem eigenen Anteil von 20,3 % am Zweckverband Nord-Ostsee Sparkasse beteiligt ist und in dem darüber hinaus noch 21,14% der Anteile über fünf nordfriesische Kommunen gehalten werden, ist wesentlicher Träger der Nord-Ostsee Sparkasse. Der Kreistag fordert das Land Schleswig-Holstein auf, die Aktien des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig Holstein (SGVSH) sowie der Schleswig-Holsteinischen Sparkassen-Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH & Co. KG (SVB) an der HSH Nordbank AG im Zusammenhang mit der seitens des Landes geplanten Kapitalerhöhung zu einem fairen Preis zu übernehmen.

An der HSH Nordbank AG sind der SGVSH mit einem Anteil von 13,20 % und die SVB mit einem Anteil von 1,62 % beteiligt. Hieraus ergibt sich eine mittelbare Beteiligung der 15 schleswig-holsteinischen Sparkassen an der HSH Nordbank AG. Auf die Nord-Ostsee Sparkasse entfällt ein Anteil von rd. 2,63 %. Aufgrund der durch die Finanzkrise bei der HSH Nordbank AG ausgelösten Turbulenzen haben die Sparkassen erhebliche Belastungen hinsichtlich des Beteiligungswertes bereits für das Geschäftsjahr 2008 zu verkraften und dafür in Jahrzehnten aufgebaute Reserven eingesetzt. Erste Szenariorechnungen haben gezeigt, dass der Verbrauch von bis zu zwei Dritteln der Reserven erforderlich werden kann. In Einzelfällen ist auch die Stützung von Sparkassen durch die Gemeinschaft nicht auszuschließen, was wiederum alle Sparkassen und damit auch die Nord-Ostsee Sparkasse zusätzlich belasten würde.

Die Sparkassen haben für die Wirtschaft und Verbraucher einen nach dem Sparkassengesetz unmittelbaren öffentlichen Auftrag zu erfüllen, der die Kreditversorgung der Bevölkerung und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein umfasst. Zur Sicherstellung dieser gesetzlichen Aufgaben ist eine auskömmliche Risikotragfähigkeit der Sparkassen die wichtigste Voraussetzung.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung werden von den Sparkassen für die Jahre 2009 ff. deutlich höhere Wertberichtigungen in ihrem Kerngeschäftsfeld der Unternehmen und Selbstständigen erwartet. Dadurch wird auch die Nospa in den kommenden Jahren deutlich geringere Jahresüberschüsse ausweisen und damit weniger Eigenkapital aufbauen können. Es ist nicht auszuschließen, dass in den Folgejahren weitere Belastungen aus der Beteiligung an der HSH Nordbank AG erwachsen. Dies würde erneut wesentlich zu Lasten der Reserven der Nord-Ostsee Sparkasse gehen und damit deren Risikotragfähigkeit einschränken. Dies hätte erhebliche negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Diese Folgen können vor dem Hintergrund der wesentlichen Bedeutung der Nord-Ostsee Sparkasse als

- in der Region marktführender Finanzier der mittelständischen Wirtschaft ,
- großer und sicherer Arbeitgeber und Ausbilder mit 1.354 Beschäftigten (davon 111 in der Ausbildung) sowie
- bedeutender Förderer des gemeinnützigen Engagements mit einem Volumen von rd. 1,9 Mio. € in 2008, wovon rd. 389.000 € direkt in das Kreisgebiet Nordfriesland geflossen sind,

nicht in unserem Interesse liegen.

Bei deutlich reduzierter Risikotragfähigkeit müsste die Kreditpolitik der Nord-Ostsee Sparkasse neu definiert werden. Das heißt im Einzelnen:

- weniger Risikobereitschaft,
- Beschränkung auf bessere Bonitäten,
- höhere Anforderungen an die Sicherstellung,
- signifikant höhere Risikoprämien,
- Abbau von Kreditportfolien.

Darüber hinaus stellt die Nord-Ostsee Sparkasse durch ihre große Präsenz in der Fläche die breite Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen sicher. Allein im Kreis Nordfriesland unterhält die Nord-Ostsee Sparkasse derzeit 41 Filialen, was nur durch eine starke Nospa gewährleistet werden kann.

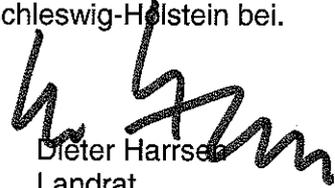
Entscheidend ist daher, dass die Nospa und die weiteren Sparkassen im Land von weiteren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise hinsichtlich ihrer Beteiligung an der HSH Nordbank AG entlastet werden. Ein Verkauf der HSH-Aktien zu einem fairen Preis innerhalb der Bandbreite für die geplante Kapitalerhöhung an das Land Schleswig-Holstein würde auch der Nord-Ostsee Sparkasse eine verbesserte Planungssicherheit bieten und die Handlungsspielräume im Kreditgeschäft nicht zusätzlich beschränken.

Zudem wird durch die Neuausrichtung der HSH Nordbank AG, die den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit künftig nicht mehr im Kapitalmarktgeschäft sowie internationalen Finanzierungen oder Großfinanzierungen sieht, sondern ihre Schwerpunkte im Mittelstandskreditgeschäft setzen will, eine schwierige Konkurrenzsituation zu den Sparkassen – und damit ihren Miteigentümern – geschaffen.

Zur Zukunftssicherung der Sparkassen in Schleswig- Holstein, die mit rd. 6.700 Mitarbeitern und Personalkosten in Höhe von 376 Mio. € selbst ein enormer Wirtschaftsfaktor im Land Schleswig- Holstein sind, fordern wir daher das Land Schleswig-Holstein auf, die Anteile des SGVSH und der SVB an der HSH Nordbank AG zu übernehmen.

Diese Maßnahme sichert die verlässliche und fördernde Kreditvergabepolitik der Sparkassen als die durch gesetzlichen Auftrag verpflichteten Mittelstandsfinanzierer und trägt somit zu einer Stärkung der Region und des gesamten Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein bei.


Albert Pahl
Kreispräsident


Dieter Harres
Landrat